



Die lateinamerikanische Linke und Nicaragua

Eine politische und ethische Debatte

Iosu Perales

06.09.2018

Vom 14. bis 17. Juli kam in Havanna das 28. Forum von Sao Paulo zusammen, an dem etwa 100 politische Parteien aus Lateinamerika teilnahmen. In vielen Beiträgen wurde die Freilassung von Luis Ignacio Lula da Silva gefordert, aber es gab auch mehrheitliche Unterstützung für Daniel Ortega und sein Regime, das der ehemalige Präsident von Uruguay, José Mujica, wenige Tage zuvor als autokratisch bezeichnet hatte. So war es auch die Delegation des Frente Amplio aus Uruguay, die eine kritische Position zum Regime in Nicaragua in die Debatte eingebracht hatte. Aber es geschah genau das, was von einer Linken zu erwarten war, die sich in einer derartigen Krise mehrheitlich an einem ausgearbeiteten und vorgefertigten theoretischen Rahmen orientiert. In diesen wird die Realität eingefügt, auch wenn die Tatsachen auf eine andere Wirklichkeit hinweisen als auf die, die diese Linke wahrnehmen will. Lieber wird ein geschlossener Block verteidigt, als dass man eine weitere Niederlage akzeptiert oder die eigene Position der Kritik unterzieht, auch wenn man dafür die Wahrheit verdrehen muss.

Außerhalb des genannten Forums erhoben sich zur gleichen Zeit weitere Stimmen, die Daniel Ortega für die brutale Unterdrückung verantwortlich machten und die sozialen Proteste als Volksaufstand bezeichneten. Zu ihnen gehörten Marta Harnecker, Boaventura de Sousa Santos, Leonardo Boff, der erwähnte Mujica und sogar der Subcomandante Marcos.

In der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Positionen der Linken argumentieren die Unterstützer von Ortega und Murillo, dass eine Rückkehr der Rechten noch schlimmer wäre oder dass der Kampf gegen den Neoliberalismus alle Mittel rechtfertigt. Sie gehen sogar so weit, alle Kritik an den „Unsrigen“ als eine Unterstützung für den Feind zu interpretieren. Schon öfter ist die lateinamerikanische Linke in einen funktionalen Pragmatismus verfallen, hat Anliegen verteidigt, für die es keine Rechtfertigung gab, und hat nicht gewagt, eindeutige Erklärungen zu suchen, die eine objektive Erkenntnis der Realität erlauben würden. Deshalb hat sie die Unterdrückung der Freiheit im Namen der Freiheit zugelassen. Sie hat auch die Bestechlichkeit und den Despotismus einiger politischer Führer, wie z.B. Ortegas, hingenommen und mit der Notwendigkeit begründet, diese Personen an die Macht zu bringen oder dort zu halten. Aber eine Moral, die den Anspruch erhebt, den Neoliberalismus zu überwinden, kann nicht auf Despotismus, Korruption und dem Tod der politischen Gegner aufgebaut werden.

Der konservative Geist, der in der Linken herrscht, zeigt sich in der Regel an ihrer Unfähigkeit, einen Sinn für Krisen zu entwickeln, das heißt eine ständige kritische Aufmerksamkeit dafür, was im wirklichen Leben passiert. Man zieht es vor, den Tatsachen aus dem Wege zu gehen oder sie mit einem einseitigen und unkritischen Erklärungsmuster zu erfassen, nur um auf diese Weise überholte ideologische und politische Kategorien zu bewahren. Dieser konservative Geist ist nicht bereit, sich von überkommenen Ideologien zu befreien und für neue Situationen ergiebiger und passendere Ideen und Bilder zu entwickeln. Damit wird die revolutionäre Idee in ein archäologisches Artefakt verwandelt, anstatt sie als Hebel zu benutzen, um, wenn nötig, von Neuem zu beginnen. Es stimmt, dass die Selbstkritik und das kritische Denken keine sehr lange Tradition haben, aber wir Linken müssen einen Weg beschreiten, auf dem wir uns von den intellektuellen Zwangsjacken eigener Herstellung befreien und uns nicht mehr von unseren Ängsten einschränken lassen.

Von denen, die Ortega und Murillo unter allen Bedingungen verteidigen, ist immer wieder der Satz zu hören: „Ganz ohne Zweifel führt jede Kritik an den ‚Unsrigen‘ zu einer Stärkung des imperialen Projekts in der Region.“ Diese Behauptung entmutigt nicht nur, schlimmer noch, sie spiegelt eine veraltete Sprache und ein Denken, das der Linken im Laufe der Geschichte schwer geschadet hat. Diese inquisitorische und drohende Haltung, dass „alle, die von unserem Handeln abweichen, schon zum Feind gehören“, müssen wir hinter uns lassen. Sie gehört zu einer Vergangenheit, in der wir einem unerhörten Dogmatismus gelegentlich gefährlich nahe gekommen sind. Dagegen muss sich in Lateinamerika wie überall in der Welt das kritische Denken auf eine realistische Anschauung der Gesellschaft gründen, in der man wirken möchte. Diese Anschauung umfasst auch eine Diagnose dessen, was wir sind, und eine Kritik unserer Fehler, damit wir einen Neuaufbau beginnen können. Wir können der Rechten in der Welt keinen größeren Dienst erweisen, als mit Lügen zu leben, die Realität zu verfälschen, unsere Fehler zu verstecken, uns der Selbstkritik zu verweigern und zu glauben, dass es im Sinne unseres freiheitlichen Projekts ist, wenn wir die Daniel Ortegas dieser Welt verteidigen.

Das kritische Denken ist auch ein kämpferisches Denken. Es gibt sich nicht mit Gewohnheiten und Trägheit zufrieden, und es sagt nicht: „Dieser Anführer ist ein Tyrann, aber er ist unser Tyrann, deshalb müssen wir ihn unterstützen.“ Das kämpferische Denken rebelliert, um neue Wege zu erschließen, ohne Rücksicht darauf, wer vielleicht Privilegien, politische Posten oder „Erbhöfe“ verlieren könnte. Das kritische Denken muss auch ein Werkzeug zur Herausbildung neuer kollektiver Identitäten sein, die entstehen, wenn sich die Menschen auf der Straße ebenso wie die Welt der Ideen in Bewegung setzen. Solche kollektiven Identitäten entstehen nicht rund um eine Führungsclique oder einen Caudillo, sondern aus demokratischen Beziehungen an der Basis, aus dem Mut einer Menge, die Bewusstsein entwickelt und die Unterdrückung zurückweist. Und schließlich zieht das kritische Denken seine Kraft aus der Strenge, mit der es nicht nur das gegnerische Lager betrachtet, sondern auch das eigene.

Viele Stimmen auf der Linken gehen von einer veralteten Anschauung der nicaraguanischen Realität aus. Das heißt, sie beziehen sich auf Vergangenes, nicht auf das, was heute passiert. Diese Stimmen drücken eine ideologische Konstruktion aus, die sich nicht auf Tatsachen stützt, sondern sie vernachlässigt, um so die Ideologie aufrecht zu erhalten. Das tut mir weh, denn die zukünftige Gesellschaft, die wir uns wünschen, muss mehr denn je auf einer lebendigen Realität aufgebaut werden, wie auch immer diese aussehen mag.

Die Linke gewinnt ihre Größe aus ihrer Fähigkeit, die Wahrheit zu ertragen. Seit dem 18. April sind in Nicaragua nach den Informationen verschiedener Menschenrechtsorganisationen zwischen 325 und 350 Personen ermordet worden. Von diesen waren 85% Opfer des Regimes und 15% gehörten der Polizei und den Paramilitärs an. Die Regierung von Daniel Ortega war und ist für das Leben aller dieser Personen verantwortlich – selbst wenn es Anzeichen dafür gegeben hätte (und die gab es nicht), dass die Proteste auf Gewalttätigkeiten ausgerichtet waren. Es kann nicht sein, dass getötet wird in der Absicht, Schrecken zu verbreiten. Deshalb gibt es über den Rücktritt von Ortega nichts zu verhandeln.

Ortega und Murillo und auch das Forum von Sao Paulo sprechen von einem „weichen Putsch“, um die brutale Antwort von Seiten der Regierung zu rechtfertigen. „Weiche Putsch“ gibt es durchaus. In Brasilien putschten das Parlament und die Justiz, um Dilma Rousseff aus dem Amt zu vertreiben. Auch in Honduras und Paraguay putschten die Parlamente gegen die Präsidenten Zelaya bzw. Lugo. Aber in Nicaragua ist alle Macht in der Regierung konzentriert. Das Heer, die Polizei und auch das Parlament (71 Abgeordnete von 92) stehen treu zu Ortega und Murillo. Sind etwa die Studenten Putschisten? Wer sonst sollte das sein? Die Mütter, die in Managua gegen Heckenschützen auf die Straße gegangen sind? Wie gerne hätte Daniel Ortega in den Medien Putschisten präsentiert. Aber es gibt keine. Natürlich versuchen die US-Geheimdienste, die Protestwelle auszunutzen und mit ihrer eigenen Propaganda zu infiltrieren. Damit muss man immer rechnen und es ändert nichts daran, dass der angebliche Putsch eine Erfindung ist, mit der die gegenwärtigen Ereignisse gerechtfertigt werden sollen: die Verfolgung und Gefangennahme von hunderten junger Leute unter der Anklage des Terrorismus.

Im Gegensatz zur Versammlung von Havanna hat zur gleichen Zeit der ehemalige Präsident von Uruguay, José Mujica, festgehalten: „Nicaragua wird von einer Autokratie regiert.“ Damit wird bekanntlich eine Form politischer Herrschaft bezeichnet, bei der eine einzelne Person schrankenlose Macht ausübt. Es ist gleichbedeutend mit Diktatur. Im Hinblick auf Ortega fuhr Mujica fort: „Ein Traum ist aus dem Ruder gelaufen, es herrscht eine Autokratie. Die Revolutionäre von gestern haben die Orientierung verloren.“ Dann forderte er Ortega zum Rücktritt auf. Schon mehrere Jahre zuvor, im August 2008, schrieb der Autor Eduardo Galeano, auch er aus Uruguay, anlässlich des Prozesses, den Ortega gegen den Priester und Poeten Ernesto Cardenal angestrengt hatte: „All meine Solidarität gehört Ernesto Cardenal, dem großen Dichter, der wundervollen Person, meinem Seelenverwandten angesichts die-

ses schändlichen Urteils, das ein schändlicher Richter im Dienste einer schändlichen Regierung gesprochen hat.“ In diesen Tagen hat José Saramago Ortega bescheinigt, seine eigene Vergangenheit zu verraten. Immerhin gibt es auf der Linken noch einige klare Stimmen.

Quelle: Un debate político y ético. La izquierda latinoamericana y Nicaragua:
<https://vientosur.info/spip.php?article14148>

Aus dem Spanischen von Eleonore von Oertzen